

Bei den Sozialwahlen im öffentlichen Dienst verteidigen CGFP und FGFC ihre Ausnahmestellungen

Siegreiche Platzhirsche



POLITIK & GESELLSCHAFT / MARC HOSCHIED

Es war eine Wahl im Schatten der Corona-Krise: die Besetzung der neuen Chambre des fonctionnaires et employés publics (CHFEP). Vom 20. bis 31. März konnten mehr als 53 000 aktive und pensionierte Staatsbeamte ihre Stimme per Briefwahl abgeben. Mehr als zwei Wochen danach stieg Ende vergangener Woche schließlich der sprichwörtliche weiße Rauch auf und das Ergebnis liegt vor. Dabei ist das Resultat alles andere als überraschend, haben mit der Staatsbeamtengewerkschaft CGFP und der Gewerkschaft des Gemeindepersonals FGFC doch die beiden seit Jahrzehnten dominierenden Arbeitnehmersyndikate ihre Resultate von 2015 bestätigt.

So konnte die CGFP erneut 21 von 27 Sitzen, 22 sind für die Staatsbediensteten reserviert, erringen. Von den fünf Mandaten, die den Angestellten aus dem Gemeindesektor vorbehalten sind, gehen vier an die FGFC. Da beide Gewerkschaften eng zusammenarbeiten, gehen 25 von 27 Sitzen quasi auf ein Konto. Zum Vergleich:

Im nationalen Parlament verfügt die CSV als größte Partei über 21 und die drei Regierungsparteien Déi Gréng, DP und LSAP zusammen über 31 von 60 Sitzen.

Wahlbeteiligung höher als befürchtet

„Es wäre überheblich, nicht zufrieden zu sein“, so Romain Wolff, Präsident der CGFP, über das Resultat seiner Gewerkschaft. Man habe das anvisierte Ziel erreicht und den 22. Sitz zudem nur um etwas mehr als 50 Stimmen verpasst. Positiv überrascht zeigt er sich über die Höhe der Wahlbeteiligung. Trotz Corona-Krise hat etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben, was dennoch einem Rückgang im Vergleich zur vergangenen Wahl entspricht, als es noch über 60 Prozent waren.

Auch wenn Steve Heiliger in der Kategorie G den direkten Einzug verpasst hat, sieht Wolff darin keine Schwächung seines Generalsekretärs. Die CGFP habe viele Listenstimmen erhalten, was vor allem Heiligers Verdienst sei. Dieser werde außerdem regelmäßig an den Sitzungen der Kammer teilnehmen.

Marco Thomé, Präsident der FGFC, zeigt sich mit dem Abschneiden seiner Gewerkschaft ebenso zufrieden wie Fernand Schiltz, Präsident des Landesverbands. Während die FGFC vier Mandate in der Kategorie E eroberte, sicherte sich der Landesverband den letzten freien Sitz beim Gemeindepersonal. „Wir wollten unseren Sitz verteidigen, das war unser Hauptziel“, so Schiltz, dessen Syndikat mit dem OGBL kooperiert. Für die kommenden Wahlen habe man sich vorgenommen, Kandidaten in allen Kategorien aufzustellen.

Besonders groß ist die Freude bei der Lehrgewerkschaft SEW, für die mit Präsident Patrick Arendt über die Kategorie D erstmals ein Abgeordneter in die CHFEP einzieht. „Wir haben in der Vergangenheit von Wahl zu Wahl zugelegt und endlich hat es geklappt. Im Vergleich zu 2015 haben wir unsere Listenstimmen fast verdoppelt.“ Nicht mehr in der Berufskammer vertreten ist die Lehrgewerkschaft Apess, die sich in Kategorie A der CGFP-Unterorganisation Féduse geschlagen geben musste. Bei der Apess führt man das Resultat neben der niedrigen Wahlbeteiligung, 42 Prozent in der

Kategorie A, unter anderem auf die Unbekanntheit der eigenen Kandidaten sowie die zusätzliche Konkurrenz der Agess, einer Liste mit ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Apess, zurück.

Obwohl man sich keinen Sitz erwartet hatte, ist man beim LCGB dennoch mit dem eigenen Abschneiden in der Kategorie E unzufrieden. Im Vergleich zu 2015 legte der christliche Gewerkschaftsbund zwar bei den Listenstimmen von 1 410 auf 1 640 zu, allerdings gab es bei den persönlichen Stimmen einen Einbruch von 849 auf 359.

Kritik an Zusammensetzung der Berufskammer

Die Gewerkschaft der Lehrbeauftragten, die Acen, kritisiert in einer Pressemitteilung vom Sonntag, dass die Wahl überhaupt stattgefunden hat, da ein echter Wahlkampf wegen der Corona-Krise weder möglich noch angebracht gewesen sei. Außerdem sei die Zusammensetzung der CHFEP nicht mehr zeitgemäß, weil die Angestellten deutlich unterrepräsentiert seien. Diese machten über 27 Prozent der Staatsbediensteten aus, ihnen stehen über die Kategorie G aber nur zwei Sitze zu, was deutlich weniger als zehn Prozent entspricht, die Acen fordert acht Mandate für die Angestellten.

Auch der SEW hätte eine Verlegung der Wahl gerne gesehen. Die üblichen Gewerkschaften teilen zwar die Ansicht, dass die Bedingungen für einen Wahlkampf alles andere als optimal waren, haben aber auch Verständnis für die Entscheidung des Ministeriums, die Wahl trotzdem abzuhalten. Dies einerseits, weil es sich um eine Briefwahl handelte und andererseits, weil die Prozedur beim Ausbruch der Krise bereits angelaufen war.

Auch in Bezug auf die Zusammensetzung der Kammer gehen die Meinungen auseinander. FGFC Landesverband und Apess teilen die Sichtweise, dass sich in den kommenden fünf Jahren etwas ändern muss. So fordert der Landesverband angesichts anstehender Einstellungen eine stärkere Gewichtung des Transportwesens. Beim SEW möchte man erst mehr über die Funktionsweise der Kammer lernen, bevor man sich in dieser Frage positioniert.

Die CGFP reagiert zurückhaltend auf die Forderung nach einer Aufstockung der Kammer. Für Romain Wolff ist das Entscheidende, dass jede Berufsgruppe vertreten ist. Zudem solle der Einfluss einer einzelnen Gruppe nicht zu stark werden. Trotzdem müssten Änderungen vorgenommen und beispielsweise eine Kategorie für die Gehaltsgruppe A 2 eingeführt werden.